



# BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

---

Nummer 5

7. März 2005

ISSN 1437-6148

---

## Haiti – Ein Jahr nach dem Sturz Aristides

Leitet die UN-Stabilisierungsmission die Wende ein?

Jérôme Cholet / Daniel Flandes

*Ein Jahr nach dem Sturz des haitianischen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide hat sich die Lage in Haiti noch immer nicht stabilisiert. Neben der Übergangsregierung kontrollieren Angehörige der aufgelösten Armee, Parteigänger des ins Exil geflohenen Präsidenten sowie kriminelle Banden weite Teile des Landes. Die haitianische Polizei und die UN-Stabilisierungsmission (MINUSTAH) gehen nur punktuell gegen diese Akteure vor, ihre umfassende Entwaffnung ist bislang ausgeblieben. Die Sicherheitskräfte warten auf konkrete Handlungsanweisungen aus dem Regierungspalast. Doch Übergangsprämier Gérard Latortue zeigt wenig Dynamik, zentrale Entscheidungen wurden auf die Zeit nach den für Ende des Jahres angekündigten Wahlen verschoben. Die Durchführung der Wahlen hängt maßgeblich von der brasilianisch geführten und hauptsächlich aus südamerikanischen Einheiten zusammengesetzten Blauhelmission ab. Auch Brasiliens zukünftige Rolle als regionale Führungsmacht ist mit dem Gelingen der Stabilisierungsmission in dem ärmsten Land der westlichen Hemisphäre verknüpft. Darüber hinaus markiert die MINUSTAH den Beginn einer multilateral organisierten sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der südamerikanischen Staaten, wobei sich diese erstmals eigenverantwortlich einer Staatskrise in der Region annehmen.*

### Haiti im permanenten Ausnahmezustand

Seit dem Sturz von Jean-Bertrand Aristide am 29. Februar vergangenen Jahres reißt die Welle der Gewalt in Haiti nicht ab (s. Brennpunkt Nr. 04/04). Gegner und Anhänger des ehemaligen Präsidenten liefern sich blutige Gefechte und fordern die Übergangsregierung sowie die Sicherheitskräfte der UN-Mission zur Stabilisierung Haitis (MINUSTAH – *Mission des Nations Unies pour la Stabilisation en Haïti*) heraus.

Die derzeitige Übergangsregierung unter Premierminister Gérard Latortue steht zwischen den Fronten. Auf der einen Seite fordern die Anhänger des gestürzten Präsidenten dessen Rückkehr,

die Freilassung aller inhaftierten Parteigenossen und den Abzug der ausländischen Sicherheitskräfte. Die Aristide-treuen, äußerst gewaltbereiten *Chimères* waren in den neunziger Jahren von der Regierungspartei *Fanmi Lavalas* (FL) ins Leben gerufen und bewaffnet worden, um gegen Oppositionspolitiker und Kritiker vorzugehen. Sie waren für die gewaltsame Eskalation der Demonstrationen und die Polarisierung des Landes seit Dezember 2003 wesentlich mitverantwortlich und kontrollieren weiterhin die Armeesiedlungen der Hauptstadt Port-au-Prince wie Bel Air, Las Salines und Cité Soleil. Die *Chimères* rekrutieren sich vor allem aus den urbanen, marginalisierten Bevölkerungsschichten.

Auf der anderen Seite stehen die bewaffneten Rebellen Gruppen, die im Frühjahr 2004 den Rücktritt Aristides herbeigeführt haben. Die Allianz „Front für die Befreiung und den Nationalen Wiederaufbau“ (FLRN – *Front pour la Libération et la Reconstruction Nationales*) wurde von der so genannte Kannibalenarmee (*Armée Cannibale*) angeführt, einer kriminellen Gruppe, die einst mit Aristide zusammengearbeitet hatte. Ihr schlossen sich Angehörige der 1995 von Aristide per Dekret aufgelösten Streitkräfte Haitis und der paramilitärischen „Front für den Fortschritt Haitis“ (FRAPH – *Front Révolutionnaire Armé pour le Progrès d’Haïti*) an, die weite Teile der Bevölkerung im Norden und Osten der Halbinsel gegen Aristide mobilisierten. Nachdem die FLRN ihr Ziel erreicht hatte zerfiel sie wieder und ihre Anführer verfolgten unterschiedliche Politiken. Weite Teile der ehemaligen Militärs berufen sich darauf, zur Lösung der politischen Krise beigetragen zu haben und fordern von der Übergangsregierung die verfassungswidrige Auflösung der Streitkräfte rückgängig zu machen. Bis Dezember letzten Jahres wurden sie von den Sicherheitskräften weitgehend geduldet. Dass sie in weiten Teilen des Landes polizeiliche Aufgaben übernahmen, wurde toleriert. Doch die anhaltende Fragmentierung der Macht, die ausbleibende Entwaffnung und Drohungen vereinzelter Rebellenführer fordern die UN-Blauhelme und die haitianischen Polizeikräfte immer wieder heraus.

Die Haitianische Nationalpolizei ist schlecht ausgerüstet und unzureichend ausgebildet. Durch den Vorstoß der Rebellen wurde die seit Auflösung der Armee einzige Sicherheits- und Ordnungskraft noch zusätzlich geschwächt. Am 29. Februar entsandte der UN Sicherheitsrat daher eine Multinationale Einsatztruppe (MIF) unter Führung der Vereinigten Staaten. 1.600 US-amerikanische, 800 französische und 130 chilenische Soldaten sollten das Land vor einem Bürgerkrieg bewahren. Im Juni wurden sie von der UN-Mission zur Stabilisierung Haitis (MINUSTAH) abgelöst. Das Mandat der MINUSTAH beinhaltet die Unterstützung der Übergangsregierung bei der Schaffung von Sicherheit, der Entwaffnung und Demobilisierung der illegal bewaffneten Gruppen und der Vorbereitung von Wahlen. Die Haitianische Nationalpolizei soll reformiert und unterstützt werden, um die Kontrolle des Staates über das haitianische Territorium auszubauen. Die MINUSTAH ist insgesamt eng an Übergangsregierung und Polizei gebunden.

### Chronologie der Ereignisse seit Abtritt Aristides

**29. Februar 2004**

Präsident Aristide unterzeichnet eine Rücktrittserklärung und flieht in die Zentralafrikanische Republik. Eine öffentliche Stellungnahme bleibt aus. Der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes Boniface Alexandre übernimmt verfassungsgemäß das Amt. Der UN-Sicherheitsrat entsendet eine Multinationale Eingreiftruppe (MIF).

**1. März**

Rebellenchef Guy Philippe marschiert mit einem Großteil der Rebellen in Port-au-Prince ein. Er besetzt das frühere Hauptquartier der Streitkräfte und lässt sich zum neuen Chef der Armee ausrufen. In den Hochburgen Aristides kommt es zu blutigen Konfrontationen.

**8. März**

Aus dem Exil erklärt Jean-Bertrand Aristide, er sei von US-amerikanischen Soldaten entführt worden und ruft seine Anhänger zum Widerstand gegen die internationalen Truppen auf. In Haiti kommt es zu ersten Anschlägen auf US-Soldaten.

**12. März**

Gérard Latortue wird Premierminister, seine Übergangsregierung wird damit beauftragt, Wahlen vorzubereiten.

**April**

Die brasilianische Regierung erklärt sich bereit, das Kommando einer UN-Mission zur Stabilisierung auf Haiti (MINUSTAH) zu übernehmen. Sie hatte die Entsendung von 1.100 Blauhelmsoldaten angeboten.

**Mai**

Hispaniola wird von einem Hurrikan heimgesucht, Stürme und Regenfälle fordern mehr als 1.000 Menschenleben, 16.000 Menschen verlieren ihre Unterkunft.

**1. Juni**

Die von den USA geführte Multinationale Einsatztruppe (MIF) übergibt das Kommando an die UN-Mission zur Stabilisierung Haitis (MINUSTAH).

**21. Juni**

Die Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* legt einen umfassenden Bericht vor, in dem sie der MIF vorwirft, die Chance, mehr als 25.000 Waffen einzusammeln und die diversen Gruppen zu entwaffnen, vertan zu haben.

**22. Juli**

In Washington erklären die USA, die EU, Kanada und die Weltbank auf einer Geberkonferenz, Haiti mit insgesamt 894 Millionen Euro zu unterstützen.

**30. August**

Eine Delegation des französischen Außenstaatssekretärs wird überfallen, fast zeitgleich besetzen ehemalige Armeeangehörige das Polizeikommissariat der Stadt Petit Goâve. Die Kräfte der MINUSTAH ziehen sich zurück, als die Bevölkerung die Rebellen zu unterstützen beginnt.

**September**

Hurrikan Jeanne verwüstet weite Teile des Landes. Die Stadt Gonaïves wird überschwemmt, mehr als 2.500 Menschen sterben, es kommt zu Plünderungen und Angriffen auf Ausgabestellen für Lebensmittel.

Obwohl die Brahimi-Kommission zur Verbesserung der Friedenseinsätze der Vereinten Nationen zu einer schnellen Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration illegaler, bewaffneter Gruppen rät, bleiben in diese Richtung zielende Aktionen der Blauhelme in Haiti bis heute aus. Dadurch konnten die bewaffneten Gruppen ihre Macht in weiten Teilen des Landes konsolidieren, neue Waffen erwerben und ihre kriminellen Geschäfte ausbauen. Haiti gilt seit den 90er Jahren als wichtiger Umschlagplatz für den Kokainhandel zwischen Kolumbien und den USA. Die US-amerikanische *Drug Enforcement Agency* (DEA) schätzt den Anteil des über Haiti geschmuggelten Kokains am Gesamthandel in den USA auf 15%. Berichte über Verstrickungen in die organisierte Kriminalität sparen keinen haitianischen Konfliktakteur aus. Auch Präsident Aristide soll nach Informationen der DEA an Drogengeschäften beteiligt gewesen sein.

Die Stärke der ehemaligen Armeeverbände wird mittlerweile auf 5.700 Mann geschätzt. Diese kontrolliert mit der dem US-Bundesstaat Florida nächstgelegenen Schildkröteninsel einen zentralen Drogenumschlagplatz. Durch die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung genießen die ehemaligen Armeeverbände die Unterstützung der Bevölkerung und werden beispielsweise in Petit-Goâve von dieser aktiv unterstützt. Allerdings sind sie auch für massive Menschenrechtsverletzungen, insbesondere an Anhängern Aristides, verantwortlich.

Auch in Haiti gibt es zahlreiche Akteure, die Interesse an der Fortsetzung von Unsicherheit und Instabilität haben. Neben dem organisierten Drogenhandel heizen Teile der Wirtschaft den Kampf zwischen Gegnern und Anhängern von Aristide an, indem sie beide Seiten mit Waffen versorgen. Zudem sucht eine kleine Gruppe Konservativer die gewaltsamen Auseinandersetzungen zu schüren, um den Spielraum für die Einbindung der Aristide-Anhänger in die Politik zu verkleinern.

### **Prekäre Entwicklungs- und Menschenrechtslage**

Während einige Gruppen von der Unsicherheit profitieren, lebt die Mehrheit der Haitianer in Elend und Armut. Der Abwärtstrend bei den Entwicklungsindikatoren für Bildung, Gesundheit, Wirtschaft und Umwelt setzt sich fort. Anhaltende eklatante soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten prägen das Land. Mehr als 75% der 8,1 Millionen Einwohner umfassenden Bevölkerung leben – den neuesten Zahlen des UN-

<b>30. September</b>	Zum Jahrestag des ersten Putsches an Aristide beginnt in den Slums von Port-au-Prince die „Operation Bagdad“, ein Aufstand gegen die Übergangsregierung und die UN-Sicherheitskräfte. Mehr als 400 Menschen, darunter 24 Polizisten, werden in den nächsten Monaten ermordet.
<b>13. Oktober</b>	Die Rebellen drohen mit einem erneuten Marsch auf die Hauptstadt, sollte der Aufstand der Anhänger Aristides nicht eingedämmt werden.
<b>29. November</b>	Der UN-Sicherheitsrat verlängert das Mandat der MINUSTAH um sechs Monate, die neue Resolution erlaubt künftig unbegrenzte Verlängerungen.
<b>1. Dezember</b>	Der Besuch des US-Außenministers Colin Powell wird von heftigen Schießereien begleitet. Im nationalen Gefängnis von Port-au-Prince beginnen Gefangene einen Aufstand, den die Haitianische Nationalpolizei mit Massenerschüssen gewaltsam niederschlägt.
<b>14. Dezember</b>	Brasilianische UN-Soldaten stürmen das Elendsviertel Cité Soleil, das von Anhängern Aristides kontrolliert wurde. Im Residenzviertel Tabarre stürmt die Polizei ein Tag später die Villa des früheren Präsidenten. Rebellenführer Ravix Rémissainthe hatte sie besetzt und zu seinem neuen Hauptquartier erklärt. Zudem hatte er Partisanen im ganzen Land zum Krieg gegen die Übergangsregierung aufgerufen. In Petit Goâve scheitert ein weiterer Versuch srilankischer Blauhelmsoldaten, die Polizeistation zurückzuerobern an dem Widerstand der Bevölkerung.
<b>7. Februar 2005</b>	Anhänger Rémissainthes nehmen fünf Polizisten in der Stadt Mirebalais gefangen, vier weitere Polizisten werden erschossen. Premierminister Latortue erhöht die Prämie für sachdienliche Hinweise, die zur Erfassung des Rebellenführers führen, auf eine Million Gourdes (28.000 Euro). Bei einem weiteren Polizeieinsatz gegen ein Versteck Rémissainthes kommt ein kleines Mädchen ums Leben.
<b>19. Februar</b>	481 Gefangene fliehen aus der Haftanstalt von Port-au-Prince. Acht Polizisten werden wegen Komplizenschaft festgenommen, der Gefängnisdirektor entlassen.
<b>27. Februar</b>	Bei einer Patrouille werden drei brasilianische UN-Blauhelmsoldaten in der Armensiedlung Bel Air verletzt.
<b>1. März</b>	Der Kommandierende der MINUSTAH, General Augusto Heleno Ribeiro Pereira, bekennt in einem Interview mit der brasilianischen Tageszeitung <i>O Globo</i> , dass sich die Situation seit Einsatzbeginn verschlechtert hat.

Entwicklungsprogramms zufolge – in Armut, 55% in extremer Armut. 30% der Haitianer müssen mit weniger als dem von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ermittelten lebensnotwendigen Kalorienbedarf auskommen. Dabei wurden die verheerenden Auswirkungen des Wirbelsturms im September noch nicht in die Statistik einbezogen. Der jugendlichen Bevölkerung, die 40% der Gesamtbevölkerung ausmacht, bieten sich keinerlei Lebensperspektiven, jeder zweite Haitianer kann nicht lesen und schreiben, Hunderttausende junger Menschen sind ohne Arbeit.

Nach dem Sturz des Präsidenten kam es in Haiti zu zahlreichen Fällen von Selbstjustiz, extralegalen Hinrichtungen, Massenexekutionen und Entführungen durch die verschiedenen bewaffneten Gruppen und die Haitianische Nationalpolizei. Der Vorabbericht von *Amnesty International* vom 11. November 2004 dokumentiert die Besetzung von Polizeistationen im Norden des Landes durch ehemalige Mitglieder des Militärs und die Krise in Cité Soleil, die durch die Abwesenheit staatlicher Autoritäten entstanden war. Das Viertel wurde Mitte des Jahres komplett von rivalisierenden Banden kontrolliert. Die dortige Bevölkerung konnte sich nicht frei bewegen. Lebensmittel waren kaum erhältlich, Krankenhäuser und Schulen blieben geschlossen. Dem Sonderberichterstatter der Organisation, Javier Zúñiga, liegen Berichte von Massenvergewaltigungen durch Angehörige bewaffneter Gruppen vor. Die Opfer dieser Gewalttaten hatten keinen Zugang zu medizinischer Versorgung und Rechtshilfe.

Der Bericht stellt ernsthafte Probleme des Justizsystems und der Polizeiarbeit fest. Polizisten der haitianischen Nationalpolizei sollen in politische Morde verstrickt sein, ein deutlicher Anstieg von Festnahmen und Inhaftierungen ohne Anklage wurde registriert. Die Menschenrechtsorganisation forderte neben der Übergangsregierung auch die internationale Gemeinschaft und die Vereinten Nationen auf, das Entwaffnungsprogramm zu beschleunigen und die Mission in Haiti zu stärken.

Latortue wurde zur Schaffung einer unabhängigen Untersuchungskommission über summarische Festnahmen durch Mitglieder der Nationalpolizei aufgerufen und ermahnt, Menschenrechtsverletzungen von illegalen bewaffneten Gruppen, gleich welcher politischen Zugehörigkeit, zu verfolgen. *Amnesty International* vertritt die Auffassung, dass das Mandat der MINUSTAH auch die Verpflichtung zum Schutz

von Zivilisten mit einschließen sollte, die einer direkten Bedrohung ausgesetzt sind.

Problematisch ist die Umsetzung dieser Forderung gerade in Cité Soleil, wo die Blauhelme zwar seit Dezember 2004 strategische Posten besetzt halten, die Kontrolle jedoch weiterhin von Anhängern Aristides ausgeübt wird.

### **Ausbleibende Entwaffnung**

Die Frage der Entwaffnung gewaltbereiter Gruppen scheint zurzeit das Hauptproblem bei der Stabilisierung der Sicherheitslage in Haiti. Die Rebellen knüpfen die Abgabe ihrer Waffen an die Gründung einer neuen Armee als deren künftige Mitglieder sie sich sehen. Latortue ist bisher nicht bereit, sich der Frage der Wiedereinberufung der Armee zu stellen. Dies überschreite die Kompetenz seiner Übergangsregierung, diese Angelegenheit solle von der nächsten, demokratisch gewählten Regierung geklärt werden, so der Interimspremier. Dennoch bot Latortue an, den Verzicht auf Waffen mit einem Ausgleich des Lohnausfalls seit der Auflösung der Streitkräfte zu entgelten. Ehemaligen Soldaten wurden € 2.310, ehemaligen Offizieren € 7.690 angeboten. Das Programm stößt allerdings an finanzielle Grenzen. Die Kosten für die Demobilisierung von 8.000 Mann werden auf mehr als € 23 Mio. geschätzt, wobei die Finanzierung ungeklärt ist. Bisher haben sich 14.000 Haitianer in das Programm eingeschrieben, obwohl die haitianische Armee bei ihrer Auflösung nur halb so viele Angehörige zählte. Ein Großteil der heute unter Waffen stehenden Männer sind Mitläufer, die nie bei den Streitkräften gedient haben und für die es bisher noch keine Anreize zur Demobilisierung gibt.

Die internationalen Geberstaaten fürchten, dass sich die Rebellen nicht an die Vereinbarung halten und ein Teil ihrer Hilfszahlungen verloren geht, zumal die Entwaffnung erst nach der Auszahlung eines Teilbetrages von € 753 vorgesehen ist. Die Vereinigten Staaten haben einen für die Entwaffnung vorgesehenen Kredit bereits ausgesetzt. Sie sehen sich auch dem großen Druck der weiterhin einflussreichen Aristide-Lobby ausgesetzt. Insgesamt konnten in den Städten Hinche, Jacmel und Port-au-Prince bisher 250 Veteranen demobilisiert werden, 200 ehemalige Soldaten haben eine fünfmonatige Schulung absolviert und wurden in den Polizeidienst aufgenommen.

Die Rebellen fordern über die Entschädigung hinaus die Verbesserung der Sicherheitslage, insbesondere in den Armenvierteln der Städte. Dies setzt voraus, dass der Staat die Lebensbedingun-

gen der Bevölkerung sichtbar verbessert und auf einige der Forderungen der Anhänger Aristides eingeht, beispielsweise bei der Freilassung politischer Gefangener – ein bislang unmögliches Unterfangen, angesichts des defizitären öffentlichen Dienstes, fehlender Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten und der nur zögerlichen Auszahlungen internationaler Finanzhilfen.

### **Organisatorische Defizite**

Angesichts ausstehender Rückzahlungen konnte die Weltbank erst im Januar einen neuen Hilfskredit in Höhe von € 55,3 Mio. freigeben, die kanadische Regierung musste zuvor eine Bürgschaft über € 9,3 Mio. leisten. Zudem wurde ein Hilfspaket für die nächsten zwei Jahre in einem Umfang von € 86,5 Mio. vereinbart. Über zwei Drittel des Kredits sollen für Wirtschaftsreformen eingesetzt werden, weitere € 12 Mio. für den Wiederaufbau. Der Präsident der Weltbank, James Wolfensohn, erklärte, „das wesentliche Ziel sei, der Regierung bei der Versorgung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu helfen und die Glaubwürdigkeit der öffentlichen Institutionen wiederherzustellen.“

Dass die Hilfe erst zehn Monate nach dem politischen Umbruch anrollt, hat das Ansehen der Übergangsregierung bei der Bevölkerung deutlich verschlechtert, zumal auch die im Juli von der internationalen Gemeinschaft auf einer Geberkonferenz in Washington zugesagten Finanzhilfen von € 894 Mio. nur zögerlich ausgezahlt wurden. Im Februar konstatierte der UN-Sonderbeauftragte Juan Gabriel Valdés warnend, bislang seien lediglich € 75,8 Mio., also knapp 10% der zugesagten Hilfe, eingetroffen. Noch immer gibt es keine umfassende Versorgung der Bevölkerung mit Strom, die Preise für Lebensmittel sind nur wenig gesunken und weiterhin für einen Großteil der Bevölkerung unerschwinglich.

Zwischen der Übergangsregierung und den internationalen Geberorganisationen ist es zeitweise zu deutlichen Verstimmungen gekommen. Die haitianische Regierung kritisierte den hohen bürokratischen Aufwand, die Trägheit der Institutionen und die mangelnde Sachkenntnis des Personals, beispielsweise bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank. Die Gegenseite bemängelte die lückenhaften Projektvorschläge und Anträge der haitianischen Seite. Die Kosten für den Einsatz der MINUSTAH betragen hingegen bereits über € 400 Mio. „Unangemessen angesichts dessen, was der haitianischen Bevölkerung bleibt“, so Valdés.

### **Fehlende rechtsstaatliche Strukturen**

Die haitianische Polizei, die jahrelang politisch instrumentalisiert wurde und aufgrund zahlreicher Korruptionsfälle und Menschenrechtsverletzungen großem Misstrauen in der Bevölkerung begegnet, bietet noch keine Alternative zur MINUSTAH. Die Einsätze der Polizei trafen vor Aristides Sturz vor allem dessen Gegner. Seit dem Austausch der Führungsriege sind überproportional seine Anhänger Opfer übermäßiger Polizeigewalt geworden, zudem sollen weite Teile der einzigen staatlichen Sicherheitskraft Verbindungen zur organisieren Kriminalität unterhalten. Anders ist die Flucht von fast 500 Gefangenen aus dem Gefängnis in Port-au-Prince im Februar kaum zu erklären.

Die Ausbildungs- und Trainingsprogramme der Polizei, die zukünftig eine an rechtsstaatlichen Standards orientierte Polizeiarbeit generieren sollen, laufen allerdings nur schleppend an. Um ein Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten, ist daneben vor allem der Wiederaufbau des Justizapparates vonnöten. Die Gefängnisse des Landes sind überfüllt, die Gerichte sind anfällig für Bestechung, und Strafflosigkeit ist weit verbreitet. Den meisten Haitianern bieten sich keinerlei Maßstäbe oder Anreize, Regeln einzuhalten. Damit die Bevölkerung ihre Waffen abgibt, die 40 Jahre lang frei im Land zirkulieren konnten, müssen sich erst neue Maßstäbe und eine stabile Sicherheitslage entwickeln.

### **Handlungsbedarf vor den Wahlen**

Die Regierung Latortue konnte bisher keinen politischen Konsens erzielen. Weder gelang es ihr, Rückhalt in der Bevölkerung aufzubauen, noch die wesentlichen politischen Akteure in einen nationalen Dialog einzubinden. Die in den ersten sechs Monaten vorherrschende Strategie der Tolerierung illegaler Aktivitäten ehemaliger Soldaten hat sich ebenso wenig bewährt, wie die ausschließliche Kriminalisierung der *Fanmi Lavalas*. Des weiteren wurde die Glaubwürdigkeit der Übergangsregierung durch den Freispruch zweier ehemaliger Militärs, Louis-Jodel Chamblains und Jackson Joanis, die in einem Prozess 1993 des Mordes an einem Aristide-Anhänger schuldig gesprochen wurden, sowie durch die Tolerierung einer Parade der Rebellen in Port-au-Prince untergraben.

Bis Anfang dieses Jahres wurde die teilweise zögerliche, teilweise einseitige Politik Latortues mit Hinweis auf die mangelnde politische Erfahrung der Übergangsregierung akzeptiert. Die Schonzeit scheint nun allerdings vorbei. Ausblei-

bende Erfolge und die Anforderungen eines sicheren Umfeldes für demokratische Wahlen, die noch in diesem Jahr stattfinden sollen, setzen sowohl Latortue als auch die MINUSTAH zunehmend unter Zugzwang.

In der Hoffnung, über Wahlen das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zurückzugewinnen, erließ die Übergangsregierung ein Dekret, das Parlaments- und Präsidentschaftswahlen für den 13. November bzw. den 18. Dezember vorsieht. Bereits am 9. Oktober sollen Gemeindevahlen abgehalten werden. Die Kosten der Wahlen werden auf insgesamt € 34 Mio. geschätzt, die Schaffung einer unbewaffneten *garde electorale* aus 3.000 Helfern zur Gewährleistung eines reibungslosen Ablaufes noch nicht eingerechnet. Zur Registrierung der Wähler haben die Vereinigten Staaten bereits € 6,5 Mio. an die Organisation Amerikanischer Staaten überwiesen, die damit ab März betraut sein wird. Weitere € 4,5 Mio. aus Washington, € 7,5 Mio. von der Europäischen Union und € 10,5 Mio. von der kanadischen Regierung wurden zugesagt. Erstmals in der Geschichte Haitis soll ein offizielles Wahlregister erstellt werden, dazu werden alle Bürger mit Personalausweisen ausgestattet und biometrisch erfasst.

Die Organisation der Wahlen stellt alle Beteiligten jedoch vor große Herausforderungen, und es ist noch nicht absehbar, wie das Interesse der vier Millionen Wahlberechtigten geweckt werden soll. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes *Gallup* im Auftrag der US-amerikanischen Botschaft in Port-au-Prince hat überdies ergeben, dass die *Fanmi Lavalas* weiterhin die stärkste politische Kraft im Land wären. Weil Aristide von seinen Anhängern zum Mythos stilisiert wird, ist an eine hohe Wahlbeteiligung also nicht zu denken, zudem ist davon auszugehen, dass die Abstimmungen vor allem in den Slums von Port-au-Prince von Gewalt begleitet werden.

Um zu verhindern, dass der Wahlkampf vor allem von denjenigen entschieden wird, die auf Einnahmen aus dem Drogenhandel zurückgreifen können, wurden die Aufwendungen für den Wettbewerb um die Stimmen des haitianischen Wahlvolks auf € 28.000 begrenzt. Rebellenführer Guy Philippe hat seine Teilnahme ebenso angekündigt wie ehemalige Mitglieder des Kabinetts von Jean-Bertrand Aristide. Der ehemalige Präsident selbst lehnt die Neuwahlen ab. Aus dem südafrikanischen Exil und unter besonderem Schutz des Präsidenten Thabo Mbeki hält er wei-

terhin daran fest, dass sein erzwungener Rücktritt einen Verstoß gegen die haitianische Verfassung darstellt. Obwohl er der Veruntreuung von Staatsgeldern in Höhe von mehr als € 152 Mio. verdächtigt wird und aus dem Exil den bewaffneten Widerstand in Haiti finanzieren soll, hat Premierminister Latortue angekündigt, einen Gesandten nach Südafrika zu schicken, um den Dialog mit Aristide wiederaufzunehmen. Insgesamt haben bisher 91 Parteien ihre Teilnahme an den Wahlen angekündigt. In Haiti selbst wurde der frühere Oppositionspolitiker Micha Gaillard mit der Aufgabe betraut, einen nationalen Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen zu initiieren. Ob dieser die Polarisierung der Bevölkerung überwinden und die friedliche Abhaltung von Wahlkampfveranstaltungen ermöglichen wird, bleibt abzuwarten. Adama Guindo, Leiter des UNDP (*United Nations Development Programme*) in Haiti, zeigt sich zuversichtlich und hofft, dass eine gewählte Regierung den langfristigen Wiederaufbau des Landes leisten kann.

#### **Stabilisierung durch die MINUSTAH?**

Auf der Grundlage der UN-Resolution 1542 befinden sich derzeit 5.994 Soldaten und 1.398 Zivilpolizisten auf Haiti. Die Soll-Stärke beträgt 6.700 Soldaten und 1.622 Zivilpolizisten, sie konnte erst Ende Dezember annähernd erreicht werden und verschob die wirkliche Einsatzfähigkeit der Truppe damit um sechs Monate. Die Friedensoperation wird von dem brasilianischen Heeresgeneral Augusto Heleno Ribeiro Pereira kommandiert, dessen Herkunftsland das größte Truppenkontingent von 1.200 Mann stellt und in Port-au-Prince die Sicherheit gewährleisten soll. Dem mit 600 Soldaten bisher zweitstärksten chilenischen Kontingent obliegt die Sicherheitslage im Nordteil des Landes um die zweitgrößte haitianische Stadt Cap-Haïtien. Argentinien kontrolliert mit einem 600 Mann starken Bataillon die ehemalige Rebellenhochburg Gonaïves. Das von Uruguay entsandte Bataillon (ebenfalls 600 Soldaten) patrouilliert im südlichen Teil Haitis. Das südamerikanische Kontingent wird von paraguayischen, bolivianischen und peruanischen Einheiten ergänzt. Neben Kanada, Frankreich und den USA, die die vorausgegangene Interimsmission (MIF) getragen hatten, stellen insgesamt zwanzig Länder Einheiten und Spezialisten in Haiti.



Abb. 1: Karte von Haiti



Quelle: [www.lib.utexas.edu/maps/americas/haiti.gif](http://www.lib.utexas.edu/maps/americas/haiti.gif)

Neben der Militäroperation stützt sich die MINUSTAH auch auf zivile Kräfte, bei denen es sich überwiegend um Polizeibeamte handelt. Die internationale Polizeitruppe wurde bis Ende 2004 von dem Portugiesen Adilio Ruivo Custodio kommandiert, seit 2005 steht der Kanadier David Beer an ihrer Spitze. Die Oberaufsicht über die UN-Mission in Haiti führt der Sonderrepräsentant des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der ehemalige chilenische Außenminister Juan Gabriel Valdés.

In den ersten sechs Monaten agierte die MINUSTAH äußerst zurückhaltend. Ein Grund dafür lag in der mangelhaften personellen Ausstattung. Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die Truppen für die MINUSTAH zugesagt hatten, ließen teilweise ein halbes Jahr auf sich warten. Erst nach der Warnung des brasilianischen Außenministers Celso Amorim, in der er im Dezember 2004 die Möglichkeit eines brasilianischen Truppenabzugs für den Fall in Erwägung zog, dass die Truppenverstärkung nicht bald eintreffen würde, kamen die Entsendestaaten ihren Verpflichtungen nach. Außerdem verfolgt

das brasilianische Kommando eine Politik der Zurückhaltung, um Parteinahme zu vermeiden und die eigenen Kräfte nicht zu gefährden. „Gewalt erzeugt immer Gegengewalt“, kommentiert General Heleno, „Man muss sehr vorsichtig vorgehen, mit viel Geduld.“ Zumal tote Soldaten in den Reihen der Blauhelme die Mission gefährden würden.

Die MINUSTAH muss sich am Vorgehen der haitianischen Polizei und an der Politik der Übergangsregierung orientieren. Kritiker spotten, sie versteckte sich hinter ihnen. Ihr Auftrag, Entwaffnung, Demobilisierung und Integration der illegal bewaffneten Gruppen voranzubringen, harrt seiner Erfüllung. Die Annahme Latortues, ein Besuch der Fußballstars der brasilianischen Nationalmannschaft könnte mehr zur Entwaffnung der Rebellen beitragen als die Friedenstruppe der Vereinten Nationen, ging ebenfalls fehl. Zwar wurden bei dem Fußballspiel im Frühjahr 2003 auch Waffen als Eintrittskarten abgegeben, zu einer umfassenden Entwaffnung der illegalen Gruppen ist es jedoch nicht gekommen.

Laut Schätzungen der *International Crisis Group*, einer weltweiten unabhängigen Organisation für Krisen- und Konfliktforschung, befinden sich in Haiti 300.000 illegale Waffen in Umlauf. Diese stammen einerseits aus den Beständen der *Tontons Macoutes*, den umstrittenen Sicherheitskräften der Duvalier-Diktatoren, andererseits aus den Beständen der haitianischen Streitkräfte, die 1995 aufgelöst wurden. Sowohl die Militärherrscher als auch Aristide hatten zudem weite Teile der Zivilbevölkerung mit Waffen ausgestattet, um mehr „Sicherheit“ in den Armensiedlungen zu generieren. Neben den legal erworbenen Waffen wird ein großer Teil über die Dominikanische Republik nach Haiti geschmuggelt. In Santo Domingo kontrollieren vor allem geflohene Angehörige der ehemaligen Streitkräfte den illegalen Handel.

### **Die brasilianische Perspektive**

Die innenpolitische Debatte über die UN-Mission wurde in Brasilien von der Diskussion um die Kosten des Einsatzes und dem Vergleich zwischen der Situation in Haiti und der öffentlichen Sicherheit in Rio de Janeiro („Wir haben unser eigenes Haiti!“) beherrscht. Polemische Angriffe gegen die Regierung da Silva blieben nicht aus. Vor vierzig Jahren hatte Brasilien zuletzt militärisch interveniert, das damalige Militärregime kam Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika in der Dominikanischen Republik zur Hilfe, als der rechtmäßig gewählte Präsident Juan Bosch gestürzt und die Regierung Joaquín Balaguers eingesetzt wurde.

Die Mission in Haiti weckte Erinnerungen, vereinzelt verurteilten Kritiker das Kommando in Haiti als Handlangertätigkeit Brasiliens für die USA, deren Interventionspolitik gegen alle Prinzipien, die Brasilien stets verteidigt hatte, verstöße. Vergleiche mit der Besetzung des Irak wurden gezogen. Die sicherheitspolitische Bedeutung der MINUSTAH für die haitianische Bevölkerung angesichts ihrer schwierigen Lage und darüber hinaus für die regionale Sicherheitskooperation blieb unterbelichtet. Stattdessen echauffierten sich die Volksvertreter darüber, dass bereits vor der Abstimmung im Abgeordnetenhaus logistische Vorbereitungen für die UN-Mission getroffen wurden. Nachdem die Kongressabgeordneten die Vorlage über die Truppenentsendung in einer ersten Sitzung zurückgewiesen hatten, bestätigte die Abgeordnetenkammer das brasilianische Haiti-Engagement in einer Sondersitzung am 12. Mai 2004 mit 266 zu 118 Stimmen. Eine Woche da-

rauf stimmten im Senat 38 von 48 Senatoren für die Truppenentsendung in den Karibikstaat.

Die Abgeordneten, die sich gegen den Militäreinsatz aussprachen, führten die hohen Kosten angesichts knapper Kassen als Hauptargument an. So sagte der Abgeordnete Fernando Gabeira aus Rio de Janeiro (*parteilos*) Aufwendungen in Höhe von € 87 Mio. voraus, die seiner Ansicht nach in den *Favelas* am Zuckerhut besser angelegt wären. Angesichts der öffentlichen Diskussion über die Notwendigkeit einer brasilianischen Beteiligung an der MINUSTAH argumentierte der inzwischen zurückgetretene Verteidigungsminister José Viegas, in der Haiti-Mission sei auch ein militärisches Training für mögliche zukünftige Interventionen des Heeres zur Kriminalitätsbekämpfung zu sehen.

Kritische Beobachter bemängelten die unzureichende zivile Suprematie über die Streitkräfte, nachdem der Oberkommandierende des Heeres die Kommandeure der Haiti-Mission ernannt hatte, ohne den Verteidigungsminister einzubeziehen. Verteidigungsexperte Jorge Zaverucha fragte zynisch: „Präsident Lula will dabei helfen, eine demokratische Ordnung in Haiti zu errichten; aber wer hilft dem brasilianischen Präsidenten, eine effektive demokratische Kontrolle über das brasilianische Militär zu entfalten?“

### **Implikationen für die regionale Sicherheit**

Im März vergangenen Jahres verkündete der brasilianische Außenminister Celso Amorim, dass Brasilien sich seiner politischen Bedeutung und seiner Führungsrolle in internationalen Sicherheitskrisen stärker bewusst werden müsse. Andernfalls stünden andere bereit, diese Führungsrolle in Lateinamerika auszufüllen, kommentierte er, womit er unverblümt auf den nach wie vor bestehenden Hegemonialanspruch der USA in Lateinamerika anspielte.

Seit dem 1. Juni 2004 steht Brasilien nun in der Verantwortung. Die Entsendung der brasilianischen Blauhelme nach Haiti ist auch eine Referenz, mit der die Regierung des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva versucht, die Chancen Brasiliens im Wettbewerb um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO zu verbessern.

Aber vor allem für die verteidigungs- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Südamerika ist die MINUSTAH von großer Bedeutung. Beachtung verdient dabei zunächst die Tatsache, dass zum ersten Mal eine nahezu ausschließlich aus südamerikanischen Einheiten zusammengesetzte Friedensstruppe eine Friedensmission der



Vereinten Nationen durchführt und sich damit eigenverantwortlich einer Staatskrise in der Region stellt. Die praktische militärische Zusammenarbeit zwischen den südamerikanischen Regierungen hat das Potential, eine Multilateralismuswende in der subregionalen Verteidigungskooperation einzuleiten, die sich bisher vorwiegend auf bilaterale Strukturen stützt.

Der argentinische Präsident Néstor Kirchner sieht in der Beteiligung Argentiniens, Brasiliens und Chiles an der Haitimission eine ständige multilaterale Eingreiftruppe im Entstehen begriffen. Die Militäreinheiten der ABC-Staaten sollen zunächst für UN-mandatierte Friedenseinsätze zur Verfügung stehen und mittelfristig die Basis für ein gemeinsames regionales Verteidigungssystem bilden.

Bei kritischer Betrachtung lassen sich jedoch Abweichungen zwischen den Positionierungen der einzelnen Staaten des südlichen Lateinamerika zur zukünftigen Struktur der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit ausmachen. Während Argentinien als entschlossenster Verfechter der subregionalen Sicherheitskooperation gelten kann, setzte der gerade aus dem Amt geschiedene uruguayische Verteidigungsminister Yamandu Fau bei der UNO eine separate Beteiligung des uruguayischen Kontingents an der MINUSTAH durch. Vermutlich, weil das kleine Uruguay unter dem Kommando des großen Nachbarn um sein nationalstaatliches Profil fürchtet.

Chile favorisiert traditionell die bilaterale Vorgehensweise bei der Gründung wirtschafts- und sicherheitspolitischer Partnerschaften. Die von der ehemaligen Verteidigungsministerin und möglichen zukünftigen Präsidentin Michelle Bachelet geforderte „flexible Sicherheitsarchitektur“ kann dazu führen, dass sich die sicherheitspolitische Zusammenarbeit weder im bilateralen noch im subregionalen oder hemisphärischen Rahmen hinreichend vertiefen lässt. Darüber hinaus destabilisieren und unterminieren sich die unterschiedlichen Kooperationsebenen tendenziell, wie gerade anhand der privilegierten NATO-Partnerschaft Argentiniens deutlich wurde.

Dass einzelstaatliche Akteure immer wieder aus dem subregionalen Kooperationsprozess ausscheiden und dazu neigen, sich Hintertüren offen zu halten, scheint in erster Linie in der Abneigung der Staaten gegen den Verlust nationaler Souveränität in Sicherheits- und Verteidigungsfragen begründet zu liegen. Noch hat sich im südlichen Lateinamerika die Einsicht, dass regionale und weltweite Sicherheitsfragen von Einzelstaaten kaum noch zu beantworten sind, nicht hinreichend verbreitet.

## Haitis Perspektiven

In Haiti muss es zunächst darum gehen, praktische sicherheitspolitische Fragen zu beantworten und unmittelbar anstehende Probleme zu lösen. Nachdem in der letzten Februarwoche erstmals brasilianische Soldaten unter Beschuss von Aristide-Anhängern gerieten, stellt sich die Notwendigkeit der Entwaffnung mit höherem Nachdruck denn je. Die drei brasilianischen Soldaten wurden während einer Patrouille in einer Armensiedlung von Port-au-Prince verletzt. Insgesamt mehrten sich in den letzten Wochen Vorfälle gegen die MINUSTAH, und die Forderung nach dem Abzug der internationalen Sicherheitskräfte wurde lauter.

Allein Zurückhaltung seitens der MINUSTAH kann kaum länger das Gebot der Stunde sein, denn die haitianische Polizei zeigt sich den schwierigen Herausforderungen, die eine konsequente Entwaffnung der Bevölkerung mit sich bringt, bisher nicht gewachsen.

Zwei Alternativen zeichnen sich derzeit ab, um zunächst die Sicherheitslage in Haiti zu stabilisieren und auf dieser Grundlage andere Ziele wie Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu verfolgen: Entweder die haitianische Übergangsregierung erreicht gemeinsam mit der MINUSTAH bis Ende des Jahres durch die konstruktive Einbindung gemäßiger bewaffneter Gruppen und die Kriminalisierung und Aufbringung anderer illegaler Akteure eine Stabilisierung der Sicherheitslage in dem Karibikstaat. Oder Haiti wird – sollte die Stabilisierung nicht gelingen – zukünftig als Protektorat von den Vereinten Nationen verwaltet.

Die Feststellung der *International Crisis Group*, Haiti drohe in der Anarchie zu versinken, bildet den fruchtbaren Boden für erste Studien, die zu dem Ergebnis gelangen, eine treuhänderische Verwaltung Haitis durch die UNO sei der einzig sinnvolle Weg in eine stabile Zukunft für das krisengeschüttelte Land. Riordan Roett von der Washingtoner *John Hopkins School* schlägt ein UN-Mandat für die nächsten 25 Jahre vor, das den Wiederaufbau voranbringen soll. Mit der Begründung, die Kämpfe zwischen den bewaffneten Banden könnten Haiti in bürgerkriegsähnliche Zustände stürzen und entsprechende Flüchtlingsströme auslösen, fordern auch andere US-Experten – wie Gabriel Marcella vom *Army War College* in Pennsylvania – das Land langfristig im Rahmen eines UN-Mandats unter brasilianische Führung zu stellen. „Haiti wurde geplündert, ist von erheblichen ökologischen Zerstörungen gezeichnet und steht vor dem wirtschaftlichen Kollaps“, so Marcella weiter. Der haitianischen Re-

gierung spricht der Experte die administrativen und sicherheitspolitischen Fähigkeiten ab, das Land zu stabilisieren und auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad zu bringen. Selbst Wahlen führen – nach Ansicht Marcellas – angesichts einer „nicht existenten politischen Kultur in Haiti zu nichts“. Einzig externe Akteure könnten noch Abhilfe schaffen.

Die Pläne ein internationales Protektorat zu errichten, stoßen insbesondere in Haiti, aber auch bei anderen lateinamerikanischen Diplomaten, die sich dem Prinzip der nationalen Souveränität verpflichtet fühlen und gerade von Interventionsplänen wenig halten, auf starke Vorbehalte. Auf die Diskurse der UNO haben sie noch keinen Einfluss gehabt. Auch die aufkommende Regionalmacht Brasilien hat bisher keine Anstalten gemacht, ihr Engagement derart auszuweiten und sich für die nächsten zehn bis 25 Jahre auf Hispaniola in die Pflicht nehmen zu lassen.

Bevor der Karibikstaat „in Schutzhaft genommen“ wird, entscheidet zunächst das Handeln des Übergangspremiers Latortue darüber, ob im November und Dezember 2005 tatsächlich – von einigen Beobachtern bereits als sinnlos erachtete – Wahlen abgehalten werden können. Übergangsregierung und MINUSTAH haben ihr Vorgehen nach sechs Monaten endlich intensivieren können, die internationalen Finanzhilfen beginnen zu fließen, so dass die Bedingungen für erste Erfolge gegeben sind. Nun muss die Übergangsregierung mit präzisen Plänen trumpfen. Es hängt nun vor allem von einem abgesicherten, kohärenten Vorgehen beider Institutionen ab, die bewaffneten Gruppen umfassend zu entwaffnen und für politische Konfliktlösungsmechanismen zu gewinnen. Erst dann ist auch wieder an eine Verbesserung der Menschenrechtssituation zu denken.

Seit zwei Monaten zeichnet sich ab, dass die haitianische Polizei konsequenter gegen diejenigen Rebellen vorgeht, die mit neuer Gewalt drohen und die Übergangsregierung herausfordern. Das energische Vorgehen gegen den Rebellenführer Rémissainthe seit Dezember ist auch von symbolischer Bedeutung für die Zukunft des Karibikstaates. Sollte Rémissainthe tatsächlich gefasst werden, würde dies die Regierung stärken und allen anderen Rebellen ein deutliches Warnsignal sein. Die Regierung Latortue hat nur dann eine Chance, wenn sie diesen Kurs fortsetzt und ausbaut. Dabei muss sie ihre Bereitschaft zum Handeln entschlossener erklären und der Bevölkerung ihre Ziele deutlicher vermitteln.

Guy Philippe hat seine Teilnahme an den Wahlen bereits zugesagt und sich in den letzten Monaten deutlich zurückgehalten; der Wandel seiner Organisation in eine friedliche politische Kraft scheint möglich. Ein Rückgang der teilweise gewalttätigen Proteste der Anhänger Aristides könnte erreicht werden, indem die Übergangsregierung gemäßigte Teile der *Fanmi Lavalas* politisch einbindet. Eine Rückkehr Aristides scheint ausgeschlossen. Umso mehr müssen sich die politischen Bewegungen, die im Februar 2004 weite Teile der Bevölkerung mobilisieren konnten, für Integration und einen gesamtgesellschaftlichen Dialog aussprechen.

Darüber hinaus müsste die haitianische Polizei gemeinsam mit der MINUSTAH gegen alle bewaffneten Gruppen gleichermaßen entschlossen vorgehen und das weit verbreitete Klima der Straflosigkeit beenden. Die Stimmen in den Armensiedlungen der Hauptstadt, die bereits den Abzug der Blauhelmtuppen fordern, werden nur dann verstummen, wenn sich staatliche und internationale Sicherheitskräfte neutral verhalten. Dazu muss die haitianische Polizei entpolitisiert und besser ausgestattet werden. Ihre Verstrickungen in Menschenrechtsverletzungen und das organisierte Verbrechen wären durch eine unabhängige Untersuchungskommission zu ahnden.

Zum Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen und zur Verbesserung der humanitären Lage können die Vereinten Nationen bzw. ihre Mitgliedsstaaten auch ohne Errichtung eines Protektorats in erheblichem Maße beitragen. Die Legitimation der Blauhelmtuppe in der Bevölkerung wird zukünftig vor allem von ihrem Erfolg beim Aufbau ziviler Infrastrukturen abhängen.

Wenn es den brasilianisch geführten Einheiten gelingt, die Gewalt unter Kontrolle zu halten, ohne dabei in den Verdacht zu geraten einseitig vorzugehen, und darüber hinaus sichtbare Fortschritte bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu erzielen, wird MINUSTAH eine Erfolgsgeschichte. Dieses Vorhaben ist zwar äußerst ambitioniert, und es ist fraglich, ob Brasilien und seine südamerikanischen Nachbarstaaten von Anfang an wussten, welchen Herausforderungen sie sich in Haiti nun zu stellen haben. Doch ist die Aufgabe nicht unlösbar, und gerade in Brasilia hat man sich schließlich als selbsternannte regionale Führungsmacht und mit dem offensiv formulierten Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auch ehrgeizige Ziele gesteckt.

## Literatur:

- Amnesty International (2004): Haiti: Amnesty International calls on the transitional government to set up an independent commission of enquiry into summary executions attributed to members of the Haitian National Police, in:  
<http://web.amnesty.org/library/Index/ENGAMR360602004?open&of=ENG-HTI>.
- Amnesty International (2004): Breaking the Cycle of Violence: A last Chance for Haiti, in:  
<http://web.amnesty.org/library/Index/ENGAMR360382004?open&of=ENG-HTI>.
- International Crisis Group (2004): A New Chance for Haiti?, ICG Latin America/Caribbean Report Nr. 10, Port-au-Prince/Brussels, in:  
[http://www.icg.org/library/documents/latin\\_america/10%20A%20New%20Chance%20for%20Haiti.pdf](http://www.icg.org/library/documents/latin_america/10%20A%20New%20Chance%20for%20Haiti.pdf).
- Nissen, Astrid (2004): Haiti nach Aristide: Die Konturen einer Krise, Brennpunkt Lateinamerika 04-2004, Hamburg.
- United Nations Security Council (2004): Report of the Secretary General on the United Nations Stabilization Mission in Haiti, 18. November 2004, New York.
- Economist Intelligence Unit (2005): Haiti.
- Jorge Zaverucha (2004): O Brasil no Haiti e o Haiti no Brasil, Boletín RESDAL, Nr. 15.
- The World Bank Group (2005): Our Work in Haiti  
<http://wbln0018.worldbank.org/external/lac/lac.nsf/0/be0614ec8b422d70852567de0058a2a0?OpenDocument>
- Amnesty International, Haiti-Koordination in Deutschland  
[www.haiti-kogruppe.de](http://www.haiti-kogruppe.de)
- MINUSTAH  
[www.minustah.org](http://www.minustah.org)
- Haiti Info  
[www.haiti-info.com](http://www.haiti-info.com)
- Haiti Press Network  
[www.haitipressnetwork.com](http://www.haitipressnetwork.com)

## Autorennotiz:

Daniel Flandes ist Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde in Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind regionale Sicherheitspolitik, Verteidigungspolitik und zivil-militärische Beziehungen im südlichen Lateinamerika.  
E-Mail: [flandes@iik.duei.de](mailto:flandes@iik.duei.de)

Jérôme Cholet ist studentischer Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde, Mitglied der Hamburger Arbeitsgruppe für Kriegsursachenforschung (AKUF) mit Schwerpunkt Haiti und Sprecher der Haiti-Koordinationsgruppe der deutschen Sektion von *Amnesty International*.  
E-Mail: [jcholet@web.de](mailto:jcholet@web.de)

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Lektorat und Produktion: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

## INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: [iikh@uni-hamburg.de](mailto:iikh@uni-hamburg.de) · Internet: <http://www.duei.de/iik>

# **Institut für Iberoamerika-Kunde**

---

**Klaus Bodemer (Hrsg.)**

## **Gewalt und öffentliche (Un-)Sicherheit Erfahrungen in Lateinamerika und Europa**

**Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde 2004, 222 S., € 9,20  
(Beiträge zur Lateinamerika-Forschung, Band 17)  
ISBN 3-936884-16-1**

Lateinamerika gilt im weltweiten Vergleich als die gewalttätigste Region des Globus. Die vorliegenden Daten über die Zunahme der Gewalt, des organisierten und nicht organisierten Verbrechens und damit über die Verschlechterung der öffentlichen Sicherheitslage in Lateinamerika sind alarmierend und stellen, wie der Titel eines im Jahre 2000 von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) veröffentlichten Berichts programmatisch zum Ausdruck brachte, einen „Anschlag auf die Entwicklung“ dar.

Auf dem Gebiet der Forschung sind, trotz der alarmierenden Befunde über die sicherheitspolitische Situation in den Ländern südlich des Rio Grande, empirisch fundierte Studien über dieses Phänomen noch Mangelware. Erst in jüngster Zeit zeichnet sich hier eine Besserung ab, nicht zuletzt infolge eines wachsenden Engagements nationaler und internationaler Förderinstanzen, die über Einzelfallstudien hinaus mehr und mehr interdisziplinär angelegte, vergleichende Studien anregen und finanzieren. In diesen Kontext sind auch die Arbeiten in diesem Sammelband einzuordnen. Sie entstanden größtenteils im Rahmen des von der EU in den Jahren 2000-2003 geförderten Programms América Latina 2020 des Netzwerks Red de Cooperación Euro-Latinoamericana (RECAL).

### **INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE**

Alsterglaci 8 · 20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41  
Internet: <http://www.duei.de/iik/shop>